

**Zählgemeinschaftsvereinbarung
zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
in der BVV Tempelhof-Schöneberg
2016-2021**

Wachsende Stadt – sozial und ökologisch gestalten

Inhalt

Präambel	3
Grundsätze der Zusammenarbeit und Ressortverteilung.....	3
Gemeinsame Projekte für die Wahlperiode.....	4
Stadtentwicklung und Sozialraumorientierung	4
Schöneberg.....	6
Friedenau.....	7
Tempelhof.....	7
Marienfelde	8
Lichtenrade	8
Verkehr.....	9
Finanzierung Radverkehr.....	9
Verkehrssicherheit für Fußverkehr	9
ÖPNV	9
Zusammenarbeit mit VLB und FahrRat	10
Jugend	10
Queer	11
Ordnungsamt.....	11
Spielhallen	11
Kommunale Märkte	11
Umwelt.....	12
Schule.....	12
Sport.....	13
Wirtschaftsförderung.....	13
Gesundheit und Soziales	14
Verwaltung modernisieren und handlungsfähig machen	15
Angebote für Wohnungslose verbessern.....	15
Konsequente Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen	15
Mehr therapeutische Versorgung von Kindern mit geistiger Behinderung ermöglichen	16
Lebensqualität auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit.....	16
Unterstützung von psychisch Kranken und suchterkrankten Menschen, Suchtprävention	16
Frauen	17
Frauen - Männer – Sucht.....	17
Gegen häusliche und sexualisierte Gewalt.....	17
Angstfreie Räume.....	17
Straßenbenennungen nach Frauen.....	17
Mädchenarbeit	17
Finanzen und Personal	18
Personal.....	18
Finanzen, Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsverbesserungen.....	18
Bürgermeisterei	19
Facility Management.....	19
Bürgerdienste	20
Bürgerämter	20
Zweckentfremdungsverbot	20
Kultur im Bezirk.....	20
Bibliotheksgesetz	21
Kooperationsbibliothek im ehemaligen Rathaus Friedenau	21
Unterstützung für freie Künstler*innen	21
Räume für Kultur.....	21
Kulturelle Veranstaltungen.....	21
Erinnerungskultur	22
Musikschule	22
Integration und Geflüchtete.....	22
Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit unterstützen.....	23

Präambel

SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschließen für die Wahlperiode 2016 bis 2021 der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg die Bildung einer Zählgemeinschaft.

Berlin und seine Bezirke wachsen. Tempelhof-Schöneberg ist hinsichtlich der Einwohnerzahl der drittgrößte Bezirk und liegt aktuell mit seinem Wachstum über dem Landesdurchschnitt. Wir wollen, dass die Menschen, die schon da sind, und die Menschen, die zu uns kommen, ausreichend bezahlbaren Wohnraum finden. Unser gemeinsames politisches Ziel dabei ist es, die soziale Infrastruktur mitwachsen zu lassen, die Erholungsflächen ausreichend zu gewährleisten und für ein attraktives Wohnumfeld zu sorgen. Wir wollen die Mobilität den neuen Erfordernissen anpassen und den ökologischen Anforderungen gerecht werden. Die Bezirkspolitik wird sich in ihrer Gesamtheit (vom Tiefbauamt bis zum Sozialamt) mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf die Erfordernisse der älter werdenden Bevölkerung einstellen. Wir werden das Ziel der Barrierefreiheit weiter verfolgen. Wir stehen für ein weltoffenes und vielfältiges Tempelhof-Schöneberg. Wir wollen dieser Vielfalt in allen Bereichen gerecht werden und Chancen und Möglichkeiten für alle befördern. Mit dieser Vereinbarung wollen wir die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren festlegen.

Grundsätze der Zusammenarbeit und Ressortverteilung

SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Zählgemeinschaft zur Wahl der Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag der SPD. Ebenso unterstützen wir die Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen.

Die Parteien wählen die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten für das Bezirksamt mit den Stimmen ihrer beiden Fraktionen.

Die Mitglieder beider Parteien im zukünftigen Bezirksamt unterstützen einen gemeinsamen Vorschlag zur Ressortverteilung, der durch die Bezirksbürgermeisterin erfolgt.

Unser gemeinsamer Vorschlag zur Aufgabenverteilung im Bezirksamt lautet:

Abteilung	Vorschlagsrecht	Vorschlag
Serviceeinheit Finanzen und Personal Rechtsamt Steuerungsamt Pressestelle Wirtschaftsförderung Flächenmanagementbeauftragte*r und die weiteren Beauftragten	SPD	
Jugendamt Gesundheitsamt Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit Umwelt- und Naturschutzamt Schul- und Sportamt	SPD	
Stadtentwicklungsamt OE Sozialraumorientierte Planungskoordination Serviceeinheit Facility-Management	GRÜNE	
Amt für Bürgerdienste Ordnungsamt Straßen- und Grünflächenamt	GRÜNE	
Amt für Soziales Amt für Weiterbildung und Kultur	CDU	

Die Mitglieder des Bezirksamtes (BA) handeln für ihr Ressort eigenverantwortlich, unbeschadet der Auskunft- und Informationsrechte der Bezirksbürgermeisterin entsprechend der Geschäftsordnung des Bezirksamtes. Die BA-Mitglieder beider Parteien konsultieren sich zu strittigen Fragen im Bezirksamt und bereiten die Sitzungen im Bezirksamt in der Regel gemeinsam vor.

Wir sind uns darüber einig, dass die Fraktionen hinsichtlich ihrer Entscheidungen in politisch unterschiedlich bewerteten Fragen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) weiterhin frei sind. Ziel ist aber ein gemeinsames Vorgehen in der BVV und ihren Ausschüssen. Die Fraktionsvorsitzenden werden die BVV-Sitzungen vorbereiten. Bei Bedarf werden die BA-Mitglieder hinzugezogen. Dies gilt insbesondere für die als „Gemeinsame Projekte für die Wahlperiode“ vereinbarten Punkte.

Zur Vorbereitung des Stadtentwicklungsausschusses verständigen sich die Zählergemeinschaftspartner auf eine regelmäßige Absprache zu den Sitzungen.

Es soll ein „Zählergemeinschaftsausschuss“ aus SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Mitgliedern des Bezirksamtes und Vorständen der beiden Parteien und Fraktionen gebildet werden. Dieser Ausschuss soll regelmäßig dreimal im Jahr (und bei Bedarf öfter) zusammenkommen und die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen begleiten. Der Ausschuss soll Konflikte klären und die gemeinsamen Projekte voranbringen. Seine Aufgabe soll nicht sein, das Tagesgeschäft zu erledigen.

Gemeinsame Projekte für die Wahlperiode

Stadtentwicklung und Sozialraumorientierung

Bezahlbares Wohnen ist in unserem wachsenden Bezirk von besonderer Bedeutung. Dazu werden wir die uns zur Verfügung stehenden Schutzinstrumente für den Bestand konsequent zur Anwendung bringen und Neubauflächen ausweisen, um das Wohnangebot zu erhöhen.

Wir werden daher alles dafür tun, die **soziale Mischung** zu erhalten und auch bei privaten Bauvorhaben einen Anteil bezahlbares Wohnen langfristig absichern. Hierbei wollen wir, wo dies rechtlich möglich ist, das Modell der **kooperativen Baulandentwicklung** zur Anwendung bringen. Im Rahmen von städtebaulichen Verträgen wollen wir einen öffentlich zugänglichen und nutzbaren Grünflächenanteil zur Erholung, Spielplatzflächen und das Mitwachsen der sozialen Infrastruktur sicherstellen. Dies gilt insbesondere auch für die Schaffung von zusätzlichen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Grundsätzlich werden wir bei solchen Bauvorhaben einen Anteil von 25 Prozent als förderfähiger Wohnraum mit Mietpreis- und Belegungsbindungen vereinbaren. Wir wollen barrierefreie, integrative und generationsübergreifende Wohnformen fördern.

Wir wollen im Laufe der Wahlperiode den im Jahr 2012 erstellten **Wohnungsmarktbericht** aktualisieren und fortschreiben und stellen hierfür die notwendigen finanziellen Ressourcen im Rahmen der Haushaltsberatungen bereit. Der Wohnungsmarktbericht liefert wichtige Erkenntnisse über den Bedarf und das Angebot an Wohnungen im Bezirk und soll konkrete Handlungsempfehlungen an das Bezirksamt aufzeigen.

Wir wollen die **Wohnungsbaupotenzialanalyse** auf größeren Arealen fortschreiben und qualifizieren. Damit sollen die kurz- und mittelfristigen Planungsziele neu bestimmt werden und ggf. weitere in Frage kommende Standorte identifiziert werden. Flächenpotenziale sollen offensiv benannt, geprüft und entsprechende Planverfahren eingeleitet werden.

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die den Bezirken im Wohnungsbestand zur Verfügung stehen, um die soziale Mischung zu erhalten. Dazu zählen wir das Instrument der **sozialen Erhaltungsverordnung (Milieuschutzsatzung)**, das die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung schützt. In der letzten Wahlperiode wurden vier Gebiete der sozialen Erhaltungsverordnung im Stadtteil Schöneberg erstmalig ausgewiesen:

In den Gebieten mit Erhaltungssatzung steht den Bezirken ein gesetzlich normiertes **Vorkaufsrecht** zu. Wir wollen das Instrument im Sinne der Mieterinnen und Mieter nutzen. Wir werden uns gegenüber dem Abgeordnetenhaus (Haushaltsgeber) und dem Senat von Berlin dafür einsetzen, dass den Bezirken durch einen revolvierenden Fonds auch die materielle Möglichkeit gegeben wird, das Vorkaufsrecht ausüben bzw. **Abwendungsvereinbarungen** durchsetzen zu können. Ein eigener Wohnungsbestand wird nicht geschaffen.

Wir werden prüfen lassen, ob bestehende **Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung erweitert** werden können und wollen systematisch und rechtlich abgesichert untersuchen lassen, wo **neue Gebiete** im Bezirk als Geltungsbereiche der sozialen Erhaltungsverordnung ausgewiesen werden können. Wir werden uns beim Senat von Berlin für eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung einsetzen, damit diese zusätzlichen Aufgaben erfolgreich geleistet werden können.

Wir wollen im Bezirk **Mieterberatungen** dezentral anbieten. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, dass das Ungleichgewicht zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen hinsichtlich der mietrechtlichen Beratungsmöglichkeiten und den damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Möglichkeiten abgemildert wird. Hierzu werden wir die Kooperation mit Mietervereinigungen prüfen. Wichtig ist uns, dass die Beratungen regelmäßig, zu festen Zeiten und in guter Qualität erfolgen.

Wir wollen die Politik der sozialraumorientierten, sozialen und behutsamen Stadtentwicklung fortsetzen. Die „**Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungscoordination**“ (kurz: OE SPK) stellt dem Bezirk wichtige Daten und fundamentale Erkenntnisse zur Bewertung der Entwicklung in den jeweiligen Bezirksregionen und in den sog. „lebensweltlich orientierten Räumen“ zur Verfügung. Diese Grundlagenarbeit ist notwendig, um die Veränderungen in den Kiezen besser abbilden und beurteilen zu können. Wir bekennen uns zur nachhaltigen Absicherung und zum systematischen Ausbau dieser Organisationseinheit, weil sie die Grundlagen für Entscheidungen und Planungen im Bezirk insgesamt wesentlich verbessern und eine sozialraumorientierte Politik überhaupt erst möglich machen. Die ZG-Partner messen daher dem sozialraumorientierten fach- und ressortübergreifenden Ansatz einen ganz besonderen Stellenwert bei und werden ihn weiter ausbauen.

Die OE SPK wird in der kommenden Wahlperiode schrittweise so ausgestattet, dass für jede Bezirksregion ein*e Stadtteilmanager*in ebenso wie für diese die notwendigen Arbeitsplätze sowie die notwendigen Sachmittel zur Verfügung stehen. Für jede der sieben Bezirksregionen werden Bezirksregionenprofile erstellt bzw. fortgeschrieben, mit entsprechenden Maßnahmen untersetzt und im Bezirksamt beschlossen. Wir werden die Organisationseinheit in zwei gleichen Stufen stärken. Zunächst soll dabei pro Bezirksregion eine halbe Stelle bereitgestellt werden.

Wir unterstützen weiterhin die Arbeit des bestehenden **Quartiersmanagements** und wollen die Quartiersentwicklung auch auf Gebiete in Lichtenrade (z.B. Nahariyastraße) und in Tempelhof (Oberlandgärten) ausweiten. Das Quartiersbüro „W40“ in Marienfelde werden wir finanziell absichern und die wichtige Arbeit weiter unterstützen. Die Zählgemeinschaft strebt ein entsprechendes Projekt auch in Lichtenrade an. Sie wird dafür nach geeigneten Drittmitteln suchen und diese beantragen.

Die Zahl der **Verfügungsfonds** (bisher Kiezfonds Schöneberg, Schöneberger Norden, W40, Germaniagarten, Bahnhofstraße) wird aufgestockt.

Soziale Stadtentwicklung muss u.a. den **Bedürfnissen der älter werdenden Bürgerinnen und Bürger** Rechnung tragen, indem wir auf die notwendige Infrastruktur achten und öffentliche Toiletten, Sitzbänke, Aufenthaltsflächen, abgesenkte Bordsteine, öffentlich zugängliche Bewegungsplätze und sichere Wegebeziehungen schaffen.

Bei Bauprojekten und der Gestaltung unserer Grünflächen wollen wir die Entstehung von Angsträumen verhindern, z.B. durch vorausschauende Planung von Beleuchtung und Sichtachsen. Wir unterstützen den **kriminalpräventiven Städtebau**, damit unsere Straßen und Plätze attraktive Aufenthaltsorte bleiben.

Wir wollen soziale Stadtentwicklung aber auch für die Menschen umsetzen, die es am dringendsten brauchen. Wir verpflichten uns für **von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen** eine aktiv auf mehr Angebote ausgerichtete Politik zu betreiben und uns dort, wo wir keine unmittelbare Zuständigkeit im Bezirk haben, für Menschen einzusetzen, die mit Handicaps oder psychischen Beeinträchtigungen umgehen müssen.

Nachverdichtungen wollen wir behutsam und mit Blick auf die vorhandene Struktur betreiben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen insbesondere bei großen neuen Bauvorhaben vor den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren frühzeitig beteiligt werden, weil damit die Akzeptanz vor Ort gesteigert und die Bauvorhaben insgesamt besser gemacht werden können (z.B. durch Werkstattverfahren). Die **Beteilungsverfahren** stellen dabei eine ausgewogene Mischung der sich beteiligenden Milieus sicher und richten sich ausdrücklich nicht nur an die ohnehin wirkungsmächtigen Akteure.

Mit der wachsenden Stadt wächst auch die Anfälligkeit Berlins gegenüber dem **Klimawandel**, Feinstaub, Lärm und Unwetter. Dort, wo wir die vertraglichen oder rechtlichen Möglichkeiten haben – etwa über textliche Festsetzungen in Bebauungsplänen - werden wir diese Risiken beachten und uns für eine Stärkung der grünen Infrastruktur, z.B. beim Regenwassermanagement oder bei Gründächern, einsetzen.

Wir werden uns für **integrative Wohnprojekte** einsetzen und sie in Tempelhof-Schöneberg verwirklichen, in denen geflüchtete und einheimische Menschen zusammen leben. Hiermit soll das soziale Zusammenleben durch eine besondere Form der Architektur, besonderen Angeboten und einer guten Infrastruktur gestärkt werden.

Der wachsende Bezirk Tempelhof-Schöneberg sieht sich in zunehmendem Maße mit einer Konkurrenz zwischen aktuell nicht genutzten Gewerbeflächen, Brachflächen und dem großen Bedarf an Wohnraum gegenüber. Da der Bezirk 22,5 Prozent aller in Berlin ausgewiesenen bzw. reservierten Industrie- und Gewerbeflächen vorhält, kommt der nachhaltigen Flächensicherung für gewerbliche Nutzungen eine besondere Bedeutung für die gesamte Stadt zu. Die wachsende Bevölkerung erfordert ausreichend Flächenpotenziale für neue Arbeitsplätze, die gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen sind, um eine gelungene Mischung aus Arbeiten und Wohnen zu ermöglichen. Die Entwicklung der gemischten Flächen am Südkreuz ist hierfür ein gutes Beispiel. Wir begrüßen, dass der Senat von Berlin den Stadtentwicklungsplan „Industrie und Gewerbe in Berlin“ fortschreiben wird.

In den Ortsteilen unseres Bezirks werden insbesondere die folgenden städtebaulichen Vorhaben vorangetrieben:

Schöneberg

Städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung des Bereichs Kleiststraße/An der Urania und des Nollendorfplatzes als „**Tor zur City-West**“: Der Straßenzug soll attraktiver und belebter werden, Anschluss an die City-West erhalten und die Straße An der Urania ihren Charakter als „Schneise durch die Stadt“ verlieren. Im Fokus stehen hier Cityfunktionen. Bedingung ist, dass zugleich Anteile an kostengünstigem Wohnraum geschaffen werden. Für das Vorhaben sind in Abstimmung mit der zuständigen Senatsverwaltung Verfahrensschritte einzuleiten.

Für den **Nollendorfplatz** verfolgen wir eine Neugestaltung mit mehr Raum und Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen und einer höheren Aufenthaltsqualität.

Die Stadtbrache entlang der **Hohenstaufenstraße** (Flächen zwischen Münchener und Eisenacher Straße) soll durch Wohnungsbau und ggf. eine Kita im Sinne einer Stadtreparatur entwickelt werden, ohne den Standort des Kinder- und Jugendzirkus' in Frage zu stellen.

Für den **Heinrich-von-Kleist-Park** verfolgen wir eine dem herausragenden Gartendenkmal entsprechende Instandsetzung und im Sinne der Standortprofilierung eine Entwicklung zu einem kulturellen

Standort. Hierzu soll unter Einbeziehung der Akteure vor Ort ein breit angelegtes Verfahren von Fachleuten durchgeführt werden.

EUREF-Campus: Wir wirken gemeinsam darauf hin, dass das Vorhaben im Rahmen der vertraglichen und rechtlichen Verpflichtungen möglichst zeitnah zu Ende geführt wird und werden das Vorhaben nach Kräften unterstützen. Wir setzen uns ebenso dafür ein, dass die Instandsetzung des Gasometers zügig begonnen wird, um einem weiteren Verfall dieses wichtigen Industriedenkmals entgegen zu wirken.

Wir wollen für den **Kiez Goltz-/Akazien-/Belziger Straße**, jeweils dort, wo ein allgemeines Wohngebiet ausgewiesen ist, prüfen lassen, ob weitere Umnutzungen von Gewerbe- in Gastronomieflächen sich noch mit dem Charakter eines Wohngebietes vertragen. Wir wollen damit auch den steigenden Gewerbemieten Einhalt gebieten, die sich nur noch Gastronomiebetriebe leisten können. Auch hier gilt, dass wir die Berliner Mischung erhalten und den Wohnraum zuerst für Wohnzwecke nutzen wollen.

Ehemaliges Straßenbahndepot Belziger Straße: Wir werden uns bei der Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) dafür einsetzen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner angehört und ihre Ideen und Hinweise im Wettbewerbsverfahren aufgenommen werden. Wir halten an der Beschlusslage der Bezirksverordnetenversammlung gemäß Drucksache 458/XIX fest, dass an diesem Standort der beschriebene Nutzungsmix realisiert wird und nicht nach dem Höchstgebot veräußert wird, sondern ein Konzeptverfahren den Aufschlag geben soll.

Campus der Generationen im Schöneberger Norden: Die Umsetzung des bereits erarbeiteten Konzepts für eine generationsübergreifende aktive Nachbarschaft gemäß Drucksache 1987/XIX soll unterstützt und mit der Zielsetzung fortgeführt werden, im August 2017 einen Antrag auf Mittel aus dem Baufonds des Programms Soziale Stadt zu stellen.

Die Zählgemeinschaft wird die beiden landeseigenen **Grundstücke Kurmärkische Straße 1-3 und Frobenstraße 27** langfristig mit ihren vorhandenen und den weiteren geplanten Angeboten der sozialen Infrastruktur in den Bereichen Jugend- und Kinderarbeit, Familienarbeit, Seniorenarbeit, Gesundheit, Nachbarschaft, Soziales und Weiterbildung für den Bezirk sichern.

Für die Jugendeinrichtungen **Potse und Drugstore** wollen wir einen dauerhaft abgesicherten Standort. Parallel soll geprüft werden, ob ein bezirkseigener Standort im Bereich Bülowbogen genutzt werden kann, ggf. in Kooperation mit gewerblichen Nutzungen.

Friedenau

Das auf dem **ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf** entstehende neue Stadtquartier werden wir weiter aktiv begleiten. Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sollen die Verbesserung der Verkehrssicherheit, Radfahrerfreundlichkeit und Aufenthaltsqualität am Innsbrucker Platz sowie entlang der Haupt- und Rheinstraße sein.

Für den **Friedrich-Wilhelm-Platz** und den **Innsbrucker Platz** sollen längerfristige Strategien für die Rückgewinnung der Orte als urbane und soziale Räume entwickelt werden.

Tempelhof

Die angestoßene städtebauliche Entwicklung des **Umfelds des Rathauses Tempelhof** zur Stabilisierung des Tempelhofer Damms als Einzelhandelsstandort und zur Erschließung von Flächen für den Wohnungsneubau werden wir weiter verfolgen. Wir setzen uns für eine Verlagerung der dahinterliegenden öffentlichen Nutzungen an den Tempelhofer Damm ein und verfolgen dort die Schaffung eines kommunalen Zentrums mit Bibliothek, Bürgertreff, Café und einem Rathausvorplatz ohne Parkplätze. Wir setzen uns für eine Aufwertung des stadtbildprägenden, derzeit aber leider stark vernachlässigten **Dorfangers Alt-Tempelhof** ein.

Tempelhofer Feld: Der Bezirk ist hier nicht direkt zuständig, wird aber in viele Themenbereiche mittelbar einbezogen. Grundsätzlich gilt, dass wir **das Feld frei und unbebaut lassen wollen** und jede Veränderung nur auf Basis der Ergebnisse des Volksbegehrens und mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen kann. Wir werden uns beim Senat von Berlin dafür einsetzen, dass das **Flughafengebäude für ein Gründerzentrum bzw. einem Zentrum für die Kultur- und Kreativwirtschaft** genutzt werden kann. Eine dauerhafte **Unterbringung von Geflüchteten** in den Hangars lehnen wir ab. Die bisher zwischen Bezirk und Senat abgestimmte Bebauung mit vier Tempohomes (= Wohncontaineranlagen) auf dem betonierten Vorfeld zur Unterbringung von jeweils bis zu 500 Personen soll nicht überschritten werden. Perspektivisch wird sich der Bezirk für eine Gemeinschaftsunterkunft mit deutlich geringerer Personenanzahl einsetzen. Sollten andere Unterbringungen für geflüchtete Menschen dies erlauben, ist dieser Standort mit hoher Priorität aufzugeben. Die Ausgrenzung und die Isolation von geflüchteten Menschen an diesem Standort stehen einer Integration entgegen.

Mariendorf

In Mariendorf setzen wir die begonnene städtebauliche Entwicklung des **Bereiches Alt-Mariendorf** mit Wohnungsbau u.a. in der Reißbeckstraße (ehemalige Straßenerweiterungsflächen) weiter fort. Die Platzsituation am U-Bahnhof Alt-Mariendorf werden wir attraktiver gestalten. In der Britzer Straße am Übergang zur Mohriner Allee soll Wohnungsbau entstehen.

Säntisstraße: Die Festschreibung am Standort Säntisstraße für Gewerbe/Industrie bleibt bestehen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sich der Bezirk in seinen Stellungnahmen zur Gewerbeflächenentwicklung (Stadtentwicklungsplan „Industrie und Gewerbe“) hinsichtlich der Säntisstraße klar gegen die bisher zulässige Nutzung „Logistik“ ausspricht. Im Weiteren werden wir eine kleinteilige und verträgliche gewerbliche Nutzung planungsrechtlich unterstützen.

Marienfelde

Die qualifizierte Weiterentwicklung der Gewerbegebiete an der **Motzener Straße** und am **Nahmitzer Damm** für den Mittelstand wird fortgesetzt. Für den Verkehrsknoten Friedenfelser Straße/Nahmitzer Damm wollen wir eine Entzerrung des für alle belastenden Verkehrsgeschehens erreichen.

Marienfelder Allee 222: Wir setzen uns für ein integratives Angebot für wohnungslose Menschen, einem Nutzungsmix aus Sport und sozialer Infrastruktur an diesem Standort ein. Wir begrüßen die Initiative des vor Ort engagierten Sportvereins TSV Marienfelde, der eine Teilfläche zwischen Parkplatz und Sporthalle aktiv (zwischen-)nutzen möchte. Wir tragen dafür Sorge, dass der BVV-Beschluss 1644/XIX umgesetzt wird.

Lichterfelder Ring 113: Der Standort Lichterfelder Ring ist von Bezirksamt und von der BVV als Wohnbaustandort vorgesehen. Gemäß Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (Ds-Nr. 1959/XIX) soll an diesem Standort ein integriertes Wohnungsbauprojekt entstehen, indem geflüchtete und nicht geflüchtete Menschen zusammen leben. Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich klar für die de-gewo (u.a. Eigentümerin der benachbarten Siedlung Mariengrün) als Projektträgerin ausgesprochen.

Lichtenrade

Das Städtebauförderprogramm „Aktive Zentren“ ist für die Bahnhofstraße in Lichtenrade ein großer Gewinn. Hier werden in den kommenden acht Jahren 20,5 Millionen € öffentliche Investitionen ermöglicht, die auch private Investitionen nach sich ziehen werden. Wir werden uns für die Umsetzung des Maßnahmenprogramms einsetzen, auch wenn die Dresdner Bahn nicht als Bahntunnel gebaut werden sollte. Die Maßnahmen sind darauf ausgerichtet in einem Prozess mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Händlerinnen und Händlern, dem gewählten Gebietsgremium die Bahnhofstraße und die umliegenden Bereiche zu stärken und neu zu beleben. Hierfür müssen auch neue Wege begangen werden und nachhaltige Konzepte zur Umsetzung gebracht werden, damit sich selbsttragende Strukturen etablieren können.

Verkehr

Unser Bezirk Tempelhof-Schöneberg muss auf die wachsende Verkehrszunahme durch eine wachsende Bevölkerung reagieren und in der neuen Wahlperiode mehr für die Verkehrssicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen tun.

Radverkehrsstrategie Berlin und Bezirk

Das durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossene **Nebenroutenkonzept** und die bezirkliche **Radverkehrsstrategie** beschreiben ein Arbeitsprogramm, zu dem sich die Zählgemeinschaftspartner bekennen.

Finanzierung Radverkehr

Wir werden uns gegenüber dem Abgeordnetenhaus von Berlin (Haushaltsgeber) und dem Senat von Berlin dafür einsetzen, dass den Bezirken **zweckgebunden eigene Mittel für den Radverkehr** zur Verfügung gestellt werden.

Prioritäre Maßnahmen Radverkehr Verkehrssicherheit

Das im Bezirkshaushalt 2017 mit 200.000 € etatisierte **Nebenroutenkonzept** wollen wir über die Wahlperiode verstetigen und gemäß der Radverkehrsstrategie folgende bauliche Maßnahmen auf der Fahrrad-Hauptroute RR1 (Wannseeroute) und den Nebenrouten prioritär umsetzen:

- 1 (Nord-Süd-Route: S Attilastraße - Lichtenrade),
- 7 (Ost-West-Route: Rathaus Steglitz – Alt-Britz) und
- 11 (Nord-Süd-Route: Potsdamer Platz – Innsbrucker Platz)
- Ausbau der Haupttrouten (z.B. Lückenschluss Forddamm/Alt-Mariendorf bis Teltowkanal, Umfahrung Südkreuz, Ersatzstrecke Wannseebahngraben)
- Bei der Führung der Nebenrouten soll die Durchfahrung von Grünanlagen ermöglicht werden.

Unser Bezirk soll die „Charta für mehr Verkehrssicherheit“ unterzeichnen, so wie das schon fünf Bezirke getan haben.

Wir wollen mehr Sicherheit für den Radverkehr durch Schaffung von Vorbeifahrstreifen Einfädelspuren und neue Schutzstreifen schaffen und den Einstieg in die Planung von ausreichend breiten Radverkehrsanlagen in Hauptstraßen. Handjerystraße und Belziger Straße sollen Fahrradstraßen werden. **Weitere Straßen bzw. Straßenabschnitte werden als Fahrradstraßen ausgewiesen.** Wir werden alle Einbahnstraßen dahingehend prüfen, ob diese für den Radverkehr in der Gegenrichtung geöffnet werden können. Wir wollen deutlich mehr Abstellanlagen an frequentierten Punkten schaffen, wenn notwendig auch auf Kosten von Parkplätzen.

Verkehrssicherheit für Fußverkehr

- Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kindern, Menschen mit Behinderungen und alten Menschen durch Bordsteinabsenkungen und Gehwegvorstreckungen
- Ausbau von Mittelinseln und Zebrastreifen (über zuständige Stellen des Landes)
- Wir unterstützen das Projekt „zu Fuß zur Schule“ des BUND.
- Das Verstellen von Fußwegen und Radverkehrsanlagen ist durch das Ordnungsamt verstärkt zu kontrollieren.

ÖPNV

Im Bereich des **Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)** wollen wir uns gegenüber der BVG und S-Bahn für folgende Anliegen besonders einsetzen:

- Mehr Fahrradabstellanlagen an U- und S-Bahnhöfen
- zeitliche Ausweitungen von Busspuren bei Bedarf, z.B. in der Haupt,- Rhein,- Potsdamer und Martin-Luther-Straße
- bessere Zugangsmöglichkeit durch Errichtung weiterer Aufzüge an U- und S-Bahnhöfen
- bessere Erreichbarkeit der Stadtrandgebiete durch den ÖPNV auch am Abend und an den Wochenenden

Zusammenarbeit mit VLB und FahrRat

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bezirke und ihre Gremien mindestens einmal im Jahr turnusmäßig von Vertreter*innen der VLB besucht werden. Gegenüber der VLB werden wir uns vor allem für folgende Maßnahmenbereiche einsetzen:

- mehr und ausreichend breite Fahrradstreifen in Hauptverkehrsstraßen
- die Anpassung von für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen gefährlichen Kreuzungen
- die Verlängerung von Grünphasen für den Fußverkehr an ausgewählten Ampelanlagen

Wir werden die Zusammenarbeit mit dem bezirklichen FahrRat intensivieren und bei allen den Radverkehr betreffenden relevanten Neu- und Umbaumaßnahmen sowie Bebauungsplanverfahren ähnlich einem Träger öffentlicher Belange (TöB) konsultieren.

Jugend

Das **sozialräumliche Handlungsprinzip** werden wir fortsetzen und ausbauen. Dabei sollen die sozialen Dienstleistungen mindestens auf regionaler Ebene (insbesondere Jugendhilfe für junge Menschen mit Behinderungen sowie die Hilfe für Jugendliche im Strafverfahren) erbracht werden. Die Teams des regional-sozialpädagogischen Dienstes (RSD) wollen wir in ihrer sozialräumlichen Entwicklung stärken.

Grundlage der bezirklichen Jugendhilfe ist eine **integrierte und regionale Jugendhilfeplanung**, die umgesetzt und gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss kontinuierlich fortgeschrieben wird. Dies setzt voraus, dass die regionale Zuständigkeit für Planung und Entwicklung gestärkt wird. Die Jugendhilfeplanung wollen wir als ressort- und bereichsübergreifende Planung gestalten (mit Gesundheits-, Bildungs-, Schulentwicklungs-, Sozial- und Stadtentwicklungsplanung). Die inklusive Ausgestaltung der Handlungsfelder ist uns dabei ebenso wichtig.

Wir wollen die Angebote der **Kinder- und Jugendarbeit (KJFE)** in freier und öffentlicher Trägerschaft erhalten bzw. sicherstellen und dort ausbauen, wo es möglich ist. Dabei müssen Ausstattungsstandards gesichert werden, insbesondere für Einrichtungen mit Sanierungsbedarf (aktuell „Die Burg“ und der Lortzingclub). Bei allen Sanierungen werden wir prüfen, wie wir die Inklusion so weit wie möglich umsetzen können bzw. feststellen, welche Schritte hierzu notwendig sind.

Die Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern im Bereich der Hilfen zur Erziehung wollen wir fortsetzen. Insbesondere sollen regionale Betreuungs- und Hilfeangebote ausgebaut und dabei geprüft werden, inwieweit diese Angebote flexibilisiert werden können, um die notwendigen Angebote effizient zu nutzen.

Wir messen der Existenz von **selbstverwalteten Jugendprojekten** einen hohen Stellenwert bei. Neuen Projekten und Impulsen stehen wir offen gegenüber, neue Bedarfe sollen in der Vielfalt der Angebote berücksichtigt werden.

Wir unterstützen das Schaffen eines bezirklichen **Kinder- und Jugendförderplans**, über den der Einsatz von Förderressourcen flexibel ermöglicht und freie und zusätzliche Mittel für Kinder-, Jugend- und Familienförderung im Rahmen des Förderplanes zur Verfügung gestellt werden können.

Wichtig sind uns der Erhalt und der Ausbau der **Kinder- und Jugenderholung**. Insbesondere die Einrichtungen des Bezirkes zur Kinder- und Jugenderholung auf Schwanenwerder und Sandwerder wollen wir erhalten und stärken.

Mit einem eigenen Haushaltsansatz werden wir beginnen, **Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen** der bezirklichen und regional tätigen Träger wieder zu fördern.

Wir werden die Förderung des **behinderungsbedingten Mehrbedarfs bei Kinder- und Jugendhilfungsmaßnahmen** (Umsetzung von Inklusion) durch angemessene Haushaltsansätze wieder möglich machen.

Die Stärkung von Teilhabe und Transparenz ist für uns ein wesentliches Element der politischen Bildung. Daher unterstützen wir das **Kinder- und Jugendparlament** mit einer halben Stelle für die Koordination und Geschäftsführung sowie mit ausreichenden Sachmitteln. Darüber hinaus wollen wir Beteiligungsmöglichkeiten in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen.

Mit der wachsenden Stadt wächst in Tempelhof-Schöneberg auch der Bedarf an Kitaplätzen, wie die aktuelle Kitaentwicklungsplanung zeigt. Wir setzen uns für den Ausbau von Kitaplätzen ein. Dabei wird auch geprüft, wie der Kita-Eigenbetrieb seinen Teil dazu beitragen kann. Es soll auch ein Weg gefunden werden, wie inklusive Plätze zügig ausgebaut werden können.

Queer

Für die Zählergemeinschaft ist die Unterstützung der queeren Community im Bezirk und die klare Positionierung für die komplette rechtliche Gleichstellung Grundlage des Handelns des Bezirks. Tempelhof-Schöneberg nimmt dabei eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Initiative Sexuelle Vielfalt ein. Neben dem Engagement für spezielle Einrichtungen wie z.B. das Regenbogenzentrum fördert der Bezirk ein tolerantes Miteinander.

Folgende inhaltliche Schwerpunkte werden in diesem Zusammenhang weiterhin intensiviert:

- Werben für Respekt und der Kampf gegen Homo- und Transphobie
- Präventionsarbeit
- Erweiterung der Diversity-Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter*innen
- Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Aktionen von Institutionen der Community
- Sichtbarmachen der queeren Geschichte im Bezirk insbesondere im Schöneberger Norden

Dabei wird gezielt in der Community geworben, bezirklichen Veranstaltungen oder mit eigenen Angeboten in bezirklichen Einrichtungen teilzunehmen.

Die koordinierende Stelle bei der Bezirksbürgermeisterin hat sich bewährt und bleibt erhalten, auch wird dieser Themenkomplexes einem BVV-Ausschuss klar zugeordnet.

Ordnungsamt

Spielhallen

Wir werden alle rechtlichen und ordnungsbehördlichen Möglichkeiten, insbesondere die des Berliner Spielhallengesetzes, ausschöpfen, um die **Zahl der Spielhallen sichtbar zu verringern**. Die gemeinsamen Schwerpunktaktionen von Polizei und Ordnungsamt werden fortgesetzt und intensiviert.

Kommunale Märkte

Wir wollen die kommunalen Märkte erhalten und weiterhin bedarfsgerecht ausgestalten. Wir sorgen dafür, dass faire Preise und qualitativ gute Angebote vorgehalten werden können.

Umwelt

Unsere Politik soll **Grünflächen und Grünverbindungen** für möglichst viele Menschen öffnen. Für den Bereich Grünflächen gilt es vor allem, die Personalausstattung zu verbessern. Dafür wollen wir uns auf Landesebene einsetzen und alle eigenen Möglichkeiten innerhalb des Amtes ausschöpfen.

Die **ökologischen Lernorte** im Bezirk sollen erhalten und gestärkt werden. Der Bezirk setzt den STEP Klima des Landes Berlin im Rahmen seiner Möglichkeiten um.

Wir unterstützen weiterhin den BVV-Beschluss von 2008 zur planerischen Sicherung der **Marienfelder Feldmark** als Landschaftsschutzgebiet.

Auch im Süden des Bezirks wollen wir neue Grünverbindungen, z. B. den sog. „Güteraußenring“, planungsrechtlich vorbereiten.

Wir sind uns einig, dass das Gelände der ehemaligen Bezirksgärtnerei am Diedersdorfer Weg für ökologische Projekte gesichert werden soll. Wir wollen die Nutzung des Geländes für die **Naturschutzstation** prüfen und das Wirkungsfeld des Naturrangers erweitern.

Wir möchten ein Konzept mit Leitlinien für **multifunktionale Spielflächen** entwickeln.

Im Hinblick auf die geplanten Wohnungen im Bereich der Schöneberger Linse ist ein Entwicklungskonzept für die **Hundenauslauffläche am Tempelhofer Weg** (ehem. Wilhelm-und-Luise-Teske-Schule) zeitnah zu erarbeiten.

Wir streben eine **positive bezirkliche Baumbilanz** an. Dazu wollen wir alle Finanzierungsmöglichkeiten, u.a. Sonderprogramme und Spenden, gezielt nutzen.

Die Zielstellung auf Landesebene „**1000 grüne Dächer für Berlin**“ soll aktiv im Bezirksamt unterstützt und umgesetzt werden. Diese Maßnahme dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch dem Regenwassermanagement.

Bei wesentlichen gestalterischen Änderungen von Parkanlagen wollen wir die Anwohner und Anwohnerinnen frühzeitig informieren und einbinden.

Wir unterstützen das gemeinschaftliche Gärtnern und möchten einfache Pflegevereinbarungen entwickelt. Auch Pflegepatenschaften für Straßenbäume wollen wir aktiv bewerben.

Schule

Wir werden die **Schulentwicklungsplanung** fortschreiben, um sowohl zu erwartende Schulplatzbedarfe als auch die damit verbundenen Betreuungsbedarfe abzubilden. Die prognostizierten Plätze sollen finanziell so weit wie möglich abgesichert werden.

Für den Umbau des Standorts Otzenstraße zu einer Grundschule müssen noch die erforderlichen Mittel gesichert werden.

Der Standort Tempelhofer Weg (ehem. Wilhelm-und-Luise-Teske-Schule) wird eigenständiger Grundschulstandort.

Die **Friedenauer Gemeinschaftsschule** wird sukzessive bis zur Fertigstellung saniert, hierfür bereitgestellte Mittel sollen zügig eingesetzt werden. Das mittelfristige Ziel ist es, dass die Schule eine eigene gymnasiale Oberstufe erhält.

Weitere Gemeinschaftsschulstandorte werden zunächst im Alt-Bezirk Tempelhof entwickeln. Raumkapazitäten für neu erforderliche Willkommensklassen sollen rechtzeitig geplant und mit den Schulen abgestimmt, im Bedarfsfall auch Räumlichkeiten bei geeigneten Kinder- und Jugendhilfeträgern angefragt werden. Isolierte Standorte für Willkommensklassen werden sukzessive mit Priorität aufgelöst. Die Zählgemeinschaft setzt sich dafür ein, dass den Schulen mit Willkommensklassen ausreichend Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt und die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Schulentwicklungsplan des Landes Berlin planerisch berücksichtigt werden.

Die Inklusion muss bei Sanierungen und Neubau baulich und personell sukzessive realisiert werden. Die entsprechenden Schulen und die Beauftragte für Menschen mit Behinderung werden rechtzeitig einbezogen.

Mittagessenversorgung: Die Eltern werden an der **Auswahl des Caterers** und der Essenskontrolle maßgeblich beteiligt.

Der Antrag der **Robert-Blum-Schule, Ganztagschule** zu werden, wird unterstützt. Der Ganztags am **Rückert-Gymnasium** wird ebenfalls unterstützt.

Die **Einschulungsbereiche** werden überprüft und unter Berücksichtigung der entstehenden Neubaugebiete neu zugeschnitten, damit der Schulweg mit dem Fahrrad oder zu Fuß sicher zurückgelegt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinschaftsschulen in die Einschulungsbereiche eingliedert werden.

Der Neubau der **Gustav-Heinemann-Schule** wird baldmöglichst realisiert und alle Beteiligten, vom Bauamt über Schulträger bis hin zur Schule sowie die Bezirksverordnetenversammlung, werden fortwährend in den Prozess miteinbezogen.

Die **Gartenarbeitsschule** bleibt erhalten.

Die **Kooperationen von Ganztagschulen** mit Sportvereinen und der Musikschule werden ausgebaut.

Die **Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe** wird weiter verbessert. Angestrebt wird ein verstärkter Informationsaustausch in der Region über die geplanten Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Schule. Wir werden in den Schulen dafür werben, Schüler*innen **mehr Beteiligung** im innerschulischen Bereich zu ermöglichen.

Sport

Die Zählergemeinschaft wird eine **kontinuierliche Sanierung der gedeckten und ungedeckten Sportanlagen** vorantreiben und dabei die vorhandenen Sportflächen sichern. Weitere Sportflächen sollen perspektivisch entwickelt werden, wobei die Flächen auf dem **Schulcampus in Lichtenrade** (Halker Zeile, Grimmstraße, Barnetstraße) und insbesondere im Umfeld der Schule am Tempelhofer Weg geprüft werden. Die Zählergemeinschaft wird Vorhalteflächen für den Sport gemeinsam festlegen, aber keine Konkurrenz zum Wohnungsbau etablieren, sondern in der Gesamtplanung jeweils mitplanen und entwickeln.

Ferner verabredet die Zählergemeinschaft, dass das erfolgreiche Projekt der **Schwimmpatenschaften** (ehrenamtliche „Paten“ unterstützen Kinder aus sozialschwachen Familien bei der Teilnahme an Ferienschwimmkursen der Berliner Bäderbetriebe) nunmehr dauerhaft etabliert wird. Auch der **Sportpreis für den Frauen- und Mädchensport** wird verstetigt. Das Projekt **Mitternachtssport** wird als Maßnahme der Jugendförderung abgesichert.

Die Zählergemeinschaft will das **Vergabeverfahren der Trainingszeiten** auf den bezirklichen Sportanlagen transparent und nachvollziehbar für alle Antragsteller*innen gestalten.

Wirtschaftsförderung

Wir wollen konsequent die **Vernetzung der bezirklichen Wirtschaft** weiter vorantreiben und gemeinsam mit ihr die anstehenden Herausforderungen angehen.

Wir werden Initiativen der bezirklichen Wirtschaft zum Klimaschutz unterstützen. Der Sicherung von Fachkräften und der Integration von Geflüchteten messen wir bei der Kooperation mit der bezirklichen Wirtschaft eine besondere Bedeutung bei. Darüber hinaus werden wir hierzu selbst Initiativen ergreifen. Unser Ziel ist, dass sich Unternehmen aus dem Bezirk der sozialverantwortungsvollen „**Charta der Vielfalt**“ anschließen.

Eine **aktive Bestandspflege** und regelmäßige Standortkonferenzen oder der Industrie- und Wirtschaftstreff sind bezirkliche Instrumente, die wir zur weiteren Vernetzung und Stärkung der bezirklichen Wirtschaft nutzen werden. Wir werden weiterhin mit dem vom Bezirk initiierten Green-Buddy-Award Betriebe auszeichnen, die sich für nachhaltiges Wirtschaften und eine umweltschonende Produktion verdient gemacht haben.

Eine wachsende Stadt braucht wachsendes Gewerbe. Wir werden die bestehenden Gewerbe- und Industriegebiete erhalten und dauerhaft für die Weiterentwicklung der Gewerbe- und Industriebetriebe sichern und so zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen. Wir werden uns im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten für den Erhalt besonders kleiner Handwerksbetriebe und den damit verbundenen Arbeitsplätzen einsetzen.

Damit die Unterstützung gerade bei Ansiedlungen gut funktioniert, wird es regelmäßige Treffen der Bereiche Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geben, um sich über die laufenden Verfahren auszutauschen.

Bei der **Entwicklung des Marienparks** (ehemaliges Gaswerk Mariendorf) werden wir uns für eine stadtverträgliche und innovative gewerbliche Nutzung einsetzen.

Für das **Gelände am Nahmitzer Damm** streben wir, wie durch BVV-Beschluss festgelegt, weiterhin eine Entwicklung für kleinteiliges Gewerbe an.

Wir wollen durch gezieltes Vermitteln von geeigneten Unternehmen befördern, dass das Gebäude des ehemaligen **Flughafens Tempelhof** sich zu einem berlinweit bedeutenden **Standort der Kultur-, der Startup-Wirtschaft und des kreativen Handwerks** entwickelt.

Die Entstehung eines Standorts zur Erforschung und Entwicklung von **E-Mobilität und einer Smart City** auf dem EUREF-Gelände werden wir weiterhin positiv begleiten. Die zukünftige Entwicklung muss den örtlichen Gegebenheiten angemessen sein.

Der Bereich Nollendorfplatz/Kleiststraße/An der Urania/Lietzenburger Straße stellt im Zusammenhang mit der bestehenden Wirtschaftsstruktur in der City-West ein besonderes Entwicklungspotenzial für den Bezirk und die Stadt dar. Der Bereich soll daher als „**Tor zur City-West**“ weiter gezielt aufgewertet und entwickelt werden sowie entsprechende Wirtschaftsansiedlungen und City-Funktionen ermöglicht werden.

Ein Schwerpunkt unserer bezirklichen Wirtschaftsförderung ist die **Weiterentwicklung der bestehenden Geschäftsstraßen**. Dabei unterstützen wir Initiativen von ansässigen Einzelhändler*innen und von Immobilienbesitzer*innen zur Gründung eines **Business Improvement Districts (BID)**. Zurzeit gibt es Initiativen am Tempelhofer Damm, in der Potsdamer Straße und in der Hauptstraße/Rheinstraße. Wir werden dabei gegenüber den Initiativen anregen, dass auch die Anwohner*innen frühzeitig und in geeigneter Form informiert werden.

Wir werden uns für die Stärkung eines **nachhaltigen Tourismus** im Bezirk einsetzen und Initiativen unterstützen, die dieses Ziel verfolgen, u.a. aus dem Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes. Wir wollen kontinuierlich die Darstellung der touristisch interessanten Orte des Bezirkes verbessern. Insbesondere wollen wir die Möglichkeiten, die sich in Tempelhof bieten und bisher nur unzureichend genutzt werden, ausbauen.

Wir werden die arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Fördermöglichkeiten des Jobcenters nutzen, um von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen zu unterstützen. Das bezirkliche **Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA)** werden wir stärken und dafür geeignete Förderinstrumente nutzen.

Gesundheit und Soziales

Tempelhof-Schöneberg wächst und die Menschen werden immer älter: Insbesondere in den südlichen Bezirksregionen wächst die Zahl der über 65jährigen und der sog. Hochaltrigen (über 85jährigen). Darauf muss sich die Bezirkspolitik (vom Tiefbauamt bis zum Sozialamt) mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einstellen. Für die nächste Wahlperiode setzt sich die Zählgemeinschaft folgende Ziele:

Der soziale Zusammenhalt im Bezirk und damit die soziale Teilhabe sollen gestärkt werden. Das ist nicht alleine eine Angelegenheit des Sozialamtes, sondern eine übergeordnete Aufgabe, der sich alle

Abteilungen stellen müssen. Das Bezirksamt bekennt sich zu der Aufgabe, mehr soziale Infrastruktur, z.B. für wohnungs- und obdachlose Menschen, zu schaffen. Im Gesundheitsbereich setzen wir einen Schwerpunkt auf die Gesundheitsprävention. Das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll besonders unterstützt und gefördert werden. Der Weg der Sozialraumorientierung der Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich wird weiter vorangetrieben.

Verwaltung modernisieren und handlungsfähig machen

Sowohl das Gesundheits- wie auch das Sozialamt sollen Schritt für Schritt wieder besser in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Deshalb vereinbaren die Zählgemeinschaftspartner folgende Schritte:

Das Sozialamt beteiligt sich am **Modellprojekt Elektronische Akte** des Senats und setzt das Sozialhilfeportal in Tempelhof-Schöneberg um. Voraussetzung ist, dass die dafür notwendigen Finanzen und das dafür erforderliche Personal auch durch den Senat zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen im Rahmen des **Masterplans Integration eine Wohnraumvermittlung** für geflüchtete (und perspektivisch auch nichtgeflüchtete) Menschen eingerichtet, die die Soziale Wohnhilfe durch die Akquise von Wohnraum unterstützt.

Die Fachdienste, nicht die Leistungsabteilungen, die das bisher noch nicht vollzogen haben, stellen sich sozialräumlich auf.

Um das Gesundheitsamt wieder handlungsfähig zu machen, ist die Lücke der bis zum **Mustergesundheitsamt** fehlenden 30 Stellen schrittweise zu schließen. Die Zählgemeinschaftspartner setzen sich für eine Angleichung der Bezahlung der beim Bezirk beschäftigten Ärzte an den Ärztetarif ein. Um beide Ziele zu erreichen, setzt sich die Zählgemeinschaft für eine Lösung auf Landesebene ein.

Angebote für Wohnungslose verbessern

Ziel der Zählgemeinschaft ist es, die Zahl der **Kältehilfeplätze** aufzustocken. Unser Ziel ist mindestens eine neue Einrichtung zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen im Bezirk zu schaffen.

Die vorhandenen Einrichtungen (Alboinplatz, Rembrandtstraße, Czeminskistraße, Wohnungslosentagesstätte) sind abzusichern. Ehrenamtliche Angebote werden mit Sachmitteln (alternativ Stiftungsbzw. Spendenmittel) unterstützt.

Das von der BVV beschlossene Konzept Marienfelder Allee 222-244 soll nach Möglichkeit umgesetzt werden.

Der Bezirk setzt sich beim Senat für eine bessere gesundheitliche Versorgung von nichtversicherten und insbesondere wohnungslosen Menschen ein.

Konsequente Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen

Der Bezirk hat sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht, „**Präventionsketten**“ von der Geburt bis zum Start ins Berufsleben aufzubauen und zu verstetigen. Schwerpunkt ist dabei der konsequente Ausbau der Frühen Hilfen für einen guten gesundheitlichen Start ins Leben. Die Angebote, Dienste und Kooperationen orientieren sich an den Lebensweltlich Orientierten Räumen (LOR). Dieser Weg ist fortzusetzen.

Ein **Ersthausbesuch** (Besuch des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) in der Familie nach der Geburt) soll künftig für jedes Neugeborene angeboten werden können.

Die Zahl der **Familienhebammen** ist aufzustocken. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen sind beim Senat zu schaffen.

Die drei Standorte des Gesundheitsamtes/KJGD (Rathausstraße, Welsersstraße, Gemeinschaftshaus Lichtenrade) sind zu erhalten, ebenso wie die Außensprechstunde im **Nachbarschafts- und Familienzentrum Kurmärkische Straße**. Vor dem Hintergrund der nicht einfachen sozialstrukturellen Situation

in **Marienfelde** wird dort ein weiterer Standort angestrebt. In einem ersten Schritt ist in Zusammenarbeit mit einem Familienzentrum dort – analog zur Kurmärkischen Straße) eine Außensprechstunde anzubieten.

Mehr therapeutische Versorgung von Kindern mit geistiger Behinderung ermöglichen

Die therapeutische und heilpädagogische Versorgung von Kindern mit geistiger Behinderung in der **Marianne-Cohn- und der Steinwaldschule** soll verbessert werden. Der Bedarf ist höher als die derzeit vorhandenen Möglichkeiten, die so angepasst werden sollen, dass die Kinder in beiden Schulen adäquat versorgt werden können.

Lebensqualität auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit

Alle **Seniorenfreizeiteinrichtungen** sind zu erhalten. Der eingeschlagene Weg, sie auch für andere Nutzergruppen zu öffnen, ist fortzusetzen, ebenso wie die Verankerung im Sozialraum, wie dies exemplarisch für den „Berliner Bären“ im Germaniagarten praktiziert wird. Insgesamt ist die bezirkliche Seniorenarbeit weiter interkulturell zu öffnen. Die Kooperation mit und die Unterstützung der schwulen Senioren männergruppe bei **Mann-O-Meter e.V.** ist auszubauen.

Die beiden noch im Bezirk vorhandenen **Seniorenwohnhäuser** (Winterfeldtstraße und Rudolf-Wissel-Haus) bleiben im Fachvermögen des Bezirks und sollen insgesamt in die Zuständigkeit des Sozialamts übergehen.

Bei den Veranstaltungen, Bildungsangeboten, Konzerten und Fahrten sind auch weiterhin für einkommensschwache Senior*innen Karten zu reduzierten Preisen vorzuhalten.

Die im Gesundheitsdienstegesetz (GDG) vorgesehene Stelle eines*r Altenhilfeplaner*in ist wieder einzurichten und zu besetzen. Hierfür wird eine landesweite Lösung angestrebt.

Der Bezirk wird sich weiter dafür einsetzen, dass es auch im Süden des Bezirks, bevorzugt in Lichtenrade, einen weiteren **Pflegestützpunkt** gibt.

Die Zählgemeinschaft setzt sich beim Senat dafür ein, dass die **Geriatrisch-Gerontopsychiatrischen Verbände** aus den Mitteln des Präventionsgesetzes unterstützt werden.

Unterstützung von psychisch Kranken und suchterkrankten Menschen, Suchtprävention

Im Bezirk arbeiten hervorragende Pflichtversorger (Notdienst Berlin e.V., Kurve e.V., KommRum e.V., Pinel gGmbH, Frauensuchtberatungsstelle Frauen-Alkohol-Medikament & Drogen (FAM)), die durch den Senat aus den Mitteln des **Psychiatrieentwicklungsplanes (PEP)** finanziert werden. **Alle diese Angebote sind zu erhalten.** Der Bezirk soll sich dafür einsetzen, dass

- die Mittel so aufgestockt werden, dass Preis- und Tarifsteigerungen bezahlt werden können und
- die Zuverdienstmöglichkeiten ausgebaut werden können.

Das **Modellvorhaben der „Betreuten Arbeit“** wird fortgesetzt und es wird geprüft, ob und wie ein reales oder virtuelles Transfairkaufhaus im Bezirk realisiert werden kann. Das Ziel eines Sozialraumbudgets für ambulante psychiatrische Hilfen wird weiter verfolgt, wenn von Senatsseite die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Das Bezirksamt unterstützt das Netzwerk **„Irre gut wohnen für ALLE“**. Die im Bezirk zum Thema Demenz laufenden Aktivitäten („Leben mit Demenz, Nachbarschaft als Anker“, Kiez-AGs, Schutzräume) werden ausgebaut, in dem Vorhaben **„demenzfreundliche Kommune“** gebündelt und öffentlich begleitet.

Frauen

Frauen und Männer sind noch immer nicht gleichberechtigt, auch nicht in unserem Bezirk. Eklatante Diskriminierungen - wie z.B. der immer noch vorhandene Gehaltsunterschied - sind allerdings vor allem bundes- und tarifpolitische Themen. Etliche Themen, die uns hier im Bezirk beschäftigen, liegen in der Zuständigkeit des Senats. Und: Frauen und Gender sind Querschnittsthemen - von der Stadtentwicklung bis zur Gesundheit. So wie es der rot-grünen Zählgemeinschaft in der letzten Wahlperiode gelungen ist, konkrete Verbesserungen zu erreichen (z.B. ein spezielles Angebot für Wohnungslose in der Wohnungslosentagesstätte), wollen wir uns auch für die nächsten fünf Jahre wieder ganz konkrete Ziele setzen:

Frauen - Männer – Sucht

Unbedingt fortzusetzen und weiterzuentwickeln ist der **Schwerpunkt Gender und Sucht**. Frauen sind anders abhängig als Männer, sie befinden sich in anderen Lebensentwürfen und konsumieren anders (Stichwort: Medikamente). Durch ein ausgezeichnetes und prämiertes Konzept war es möglich, Fachkräfte zu diesem Thema zu schulen.

Die bislang durch eine Fraueninfrastrukturstelle (befristet) bei FAM wahrgenommene Aufgabe der Beratung von Migrantinnen soll verstetigt werden (Regelversorgung). Es ist ein erneuter Versuch beim Senat zu unternehmen, die Finanzierung von FAM senatsseitig abzusichern, denn mindestens 50 Prozent der Aufgaben, die FAM wahrnimmt, sind keine bezirklichen Aufgaben.

Gegen häusliche und sexualisierte Gewalt

Das **Bundesmodellprojekt SIGNAL** (Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt) ist bei der Implementierung zu unterstützen. Die im Rahmen des Landeskrankenhauses vorgesehenen Konzepte für die Rettungsstellen der Krankenhäuser sind abzufordern, z.B. im Krankenhausbeirat.

Angstfreie Räume

Der Bezirk muss dafür Sorge tragen, dass die Mädchen und jungen Frauen sichere öffentliche Räume vorfinden, wo sie sich frei und ohne Angst bewegen können. Hier sollen weitere Prüfungen angeregt werden, Straßenbeleuchtung, Gehwege und das Umfeld von wichtigen Orten zu verbessern.

Straßenbenennungen nach Frauen

Die begonnene Initiative, **(Neu-)Benennungen von Straßen nach Frauen** vorzunehmen, wird fortgesetzt. Die bereits verabredete Liste von Frauen ist dabei die Grundlage, die in gegenseitiger Absprache erweitert werden kann.

Mädchenarbeit

Die Geschäftsführung der Facharbeitsgemeinschaft und die Weiterentwicklung der Mädchenarbeit werden durch das Jugendamt personell sichergestellt und ausreichend ausgestattet. Wir werden niedrigschwellige Angebote der Mädchenarbeit und die dafür notwendigen Räume absichern.

Dazu gehören u.a. Mädchentage/Angebote im Rahmen der Jugendarbeit in den JFE, aber auch das eigenständige Mädchenprojekt Café Pink. Hier gilt es, auf bereits jetzt schon absehbar wachsende Bedarfe zu reagieren und eine Ergänzung der Angebote einzuplanen.

In der weiteren Entwicklung der Mädchenarbeit wird die Zählgemeinschaft folgende Bereiche in den Blick nehmen:

- Das Bezirksamt unterstützt und finanziert den jährlichen Weltmädchentag im Bezirk als Regelveranstaltung und gibt der vielfältigen Mädchenarbeit die Möglichkeit, sich im Bezirk darzustellen.

- Die Vorbereitung und Begleitung des **Girls' Day** soll auf eine breitere Basis gestellt werden. Hierzu braucht es neben der Finanzierung einer Honorarkraft eines freien Trägers auch eine stärkere Beteiligung des Bezirksamts.
- Auch das zentrale **psychosoziale Beratungsangebot für Mädchen und junge Frauen von Leben Lernen**, das eng verzahnt ist mit der Jugendberufsagentur und den Allgemeinbildenden Schulen, soll weiter unterstützt werden. Dies ist berlinweit in dieser Form einzigartig. Hier gibt es einen immer größeren Bedarf durch die Neuzuwanderungen im Bezirk und durch die Präsenz in der Jugendberufsagentur.
- Zeiten im **Sport und Angebote nur für Mädchen und Frauen** in den Hallen z.B. durch Finanzierung für Kurse in Selbstverteidigung sollen gleichberechtigt geprüft werden.

Finanzen und Personal

Seit fünf Jahren hat die **Haushaltspolitik** in Tempelhof-Schöneberg das Ziel, das Budget des Bezirkes durch steigende Angebote/Mengen stetig zu erhöhen.

Die einzelnen Verwaltungsbereiche und damit auch alle Leistungen werden auf Optimierungspotentiale überprüft und verändert. Gleichzeitig ist es erklärtes Ziel, die **Investitionsmittel** vollständig für dringend notwendige Investitionen einzusetzen.

Die rot-grüne Zählgemeinschaft wird diesen Weg fortsetzen, der bereits Erfolge aufweist.

Personal

Die Personalsituation in Tempelhof-Schöneberg muss dringend verbessert werden. Tempelhof-Schöneberg ist der Bezirk mit dem wenigsten Personal pro Einwohner*innen und hat viel zu viele offene Stellen. Die Zählgemeinschaft setzt zur Besetzung der offenen Stellen auf eine sehr **aktive Personalentwicklungs- und –gewinnungsstrategie**. Als Minimalausstattung für die folgenden Aufgaben wird die Serviceeinheit (SE) FinPers um zwei Stellen verstärkt:

Durch die SE FinPers werden **neue Formate wie Traineeprogramme und duale Ausbildung** zur Gewinnung von Personal (Bewerbungen) organisiert und die Fachbereiche bei der Durchführung unterstützt. Es sollte auch geprüft werden, ob ein zentrales Bewerbungsmanagement als Unterstützung der Fachbereiche im Besetzungsverfahren hilfreich ist.

Die **Besetzungsverfahren von Stellen** müssen früher beginnen, schneller werden und gezielter ausgerichtet werden. Dazu bedarf es einer besseren Abstimmung untereinander und weiterer ggf. verpflichtender Schulungen. Auch eine Bündelung der ausschreibenden Bereiche auf Dezernatsebene trägt dazu bei, da u.a. Personalengpässe besser aufgefangen werden können.

Gleichzeitig soll die Unterstützung durch die SE FinPers verstärkt werden insbesondere was die **Personalgewinnung und Werbung für den Bezirk als Arbeitgeber** angeht. Nur durch mehr Engagement des Bezirkes und Unterstützung der Bereiche werden die offenen und die zusätzlichen Stellen zeitnah besetzt werden können.

Auch die Anzahl der Stellen in der gesamten Bezirksverwaltung soll sukzessive ansteigen. Mehr Personal soll vor allem zur quantitativen Erhöhung des Leistungsangebotes eingesetzt werden und damit zur gezielten Mengensteigerung beitragen.

Finanzen, Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsverbesserungen

Um die **Haushaltssolidierung** zu unterstützen, wird an dem Instrument der „Chefgespräche“ festgehalten, in denen die Bürgermeisterin mit den jeweiligen Fachdezernenten die jeweilige Haushaltssituation des Bereichs berät. Jeder Bereich sollte das jeweils zur Verfügung stehende Budget kameral nicht überschreiten. Mehrausgaben, die nicht im eigenen Ressort gedeckt werden können, müssen umgehend als Haushaltsrisiko an die SE Fin gemeldet werden. Jeder Bereich

soll positive Budgetierungsergebnisse anstreben. Das gilt vom Grundsatz her auch für alle Projekte des Bezirks.

Die Zählergemeinschaft bespricht im Vorfeld der Beratungen die **Haushalts- und Investitionsplanung**. Ziel ist der gemeinsame Beschluss von Haushalt und Investitionsplanung.

Die einzelnen Fachbereiche sind sehr unterschiedlich in ihren Ergebnissen bezogen auf die kamerale Jahresabschlüsse, die Kostenleistungsrechnung und die Ergebnisse der Budgetierung. Der Steuerungsdienst soll von allen Fachbereichen stärker genutzt werden, um die Wirtschaftlichkeit und die Budgetierungsergebnisse zu analysieren und zu verbessern. Der kommentierte Statusbericht wird jährlich fortgeschrieben. Der Steuerungsdienst soll dabei mit den Fachbereichen Handlungsempfehlungen formulieren und die Einhaltung kontrollieren.

Die optimale und in der Regel bereichsübergreifende Nutzung von Gebäuden soll zukünftig zu mehr Angeboten und zur besseren Refinanzierung der Gebäude führen.

Das **Flächenmanagement** soll dafür in Zusammenarbeit mit dem Steuerungsdienst, den Fachbereichen und der SE Facility-Management (FM) sukzessive alle Fachgebäude auf Optimierungspotential untersuchen und entsprechende Nutzungskonzepte dem Bezirksamt vorschlagen.

Hierin sieht die Zählergemeinschaft einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen und zur Schaffung weiterer Angebote. Für diese Aufgabe wird das Flächenmanagement (ggf. befristet) durch eine zuarbeitende Stelle erweitert.

Ein wichtiger Bestandteil der Konsolidierungsmaßnahmen der Finanzen im Bezirk und wichtige Voraussetzung für das Erhöhen der Mitarbeiteranzahl ist die optimale Ausnutzung der Bürodienstgebäude und damit Schaffung von weiteren Büroräumen. Dabei spielen die Rathäuser Schöneberg und Tempelhof eine entscheidende Rolle. Die rot-grüne Zählergemeinschaft wird den Umbau und die Sanierung dieser beiden Gebäude sicherstellen.

Die Zählergemeinschaft vereinbart, die Umstellung des Fuhrparks auf **E-Mobilität** zu prüfen. Dafür werden die Kriterien ermittelt und entsprechend ausgewertet. Im Weiteren wird geprüft, wo und zu welchen Kosten ein Aufladen der Fahrzeuge möglich ist.

Bürgermeisterei

Das **Quartierentwicklungsprojekt W40** wird weiterhin finanziell gesichert und bleibt dem Bereich der Bürgermeisterin zugeordnet.

Ergänzend zum **W40-Projekt** werden auch bei Bewilligung die Projekte der beantragten **Nachbarschaftsmittel (BEN)** für Marienfelde-Süd und Marienfelde-Nord/Mariendorf-Süd im Bereich der Bürgermeisterin koordiniert. Es handelt sich hier um Vernetzungsprojekte, die das Projekt W40 erweitern und im Bereich der Integration in Zusammenarbeit mit den Gemeinschaftsunterkünften in den jeweiligen Kiezen ihren Schwerpunkt haben.

Facility Management

Die Zählergemeinschaftspartner wollen das **Flächenmanagement** weiter effektivieren, um dauerhafte Haushaltsentlastungen zu erreichen. Hierzu werden u.a. Gebäude auf Drittnutzungsmöglichkeiten systematisch überprüft und Maßnahmen entsprechend umgesetzt.

Das **Energiemanagement** des Bezirks soll auf nachhaltige Entlastungen des Bezirkshaushaltes und der CO₂-Emissionen ausgerichtet sein. Hierfür sollen im Bezirkshaushalt jährlich im Rahmen der baulichen Unterhaltung zweckgebundene Mittel zur Verfügung stehen.

Wir vereinbaren, das bisherige Berichtswesen im FM-Bereich fortzuschreiben und somit ein Höchstmaß an Transparenz zu gewährleisten.

- Insbesondere die Arbeitsplanung soll zwischen den Zählergemeinschaftspartnern beraten und abgestimmt werden.
- Sollte die Arbeitsplanung einen zusätzlichen Personalbedarf ausweisen, um alle vom Bezirksamt geplanten Maßnahmen umsetzen zu können, setzen wir uns dafür ein, dass dieser Bedarf bevorzugt gedeckt wird.

Wir vereinbaren, dass die Überprüfung der Gebäudewerte (Wiederbeschaffungswerte) fortgesetzt und systematisch auf alle Fachgebäude ausgedehnt werden soll, um über die Systematik der Kostenleistungsrechnung (KLR) und Budgetierung Haushaltsentlastungen zu erreichen.

Die Zählergemeinschaftspartner stehen strukturellen Veränderungen im **Facility Management** auf Bezirksebene aufgeschlossen gegenüber. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass die Zuständigkeit der bezirklichen Gebäude nicht an einen zentralen Landesbetrieb oder Landesunternehmen abgegeben wird. Ziel muss es sein, dass die Gebäude schneller saniert werden und die Bezirke allein über ihre Infrastruktur entscheiden. Wir wollen die FM-Dienstleistungen für die Bedarfsträger, Nutzerinnen und Nutzer der bezirklichen Gebäude verbessern, indem wir die Reaktionszeiten auf Bedarfs- und Mängelmeldungen verkürzen, den Service optimieren und die Kommunikation freundlich und zielorientiert ausrichten. Wir werden dafür werben, dass dies weitgehend in standardisierter Form erfolgt, um die vorhandenen Ressourcen wirtschaftlich einsetzen zu können.

Die Zählergemeinschaft setzt sich für die Integration der Landessonderprogramme in den Bezirkshaushalt ein.

Bürgerdienste

Bürgerämter

Die Zählergemeinschaft unterstützt die Bestrebungen des Senats gemäß E-Governmentgesetz möglichst zügig mehr Dienstleistungen der Bürgerämter online abrufbar zu machen. Bei der Entwicklung und Umsetzung entsprechender Lösungen wird sich der Bezirk im Rahmen seiner Möglichkeiten beteiligen. Daher wird der Bezirk als nächsten Schritt mithelfen, das Projekt "Online Bewohnerparkausweise" umzusetzen. Um den Zugang zu Dienstleistungen in den Bürgerämtern zu erleichtern, werden wir sog. Dienstleistungsterminals einführen.

Zweckentfremdungsverbot

Die Verfolgung der Zweckentfremdung von Wohnraum soll ein Schwerpunkt der Arbeit des Bezirksamts sein. Hierfür hat der Senat bereits in der vergangenen Wahlperiode zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt. Nun gilt es, die Verfahren so effektiv wie möglich zu gestalten. Die Zählergemeinschaft wird prüfen, ob das zugemessene Personal ausreicht oder für zügige Verfahren weiteres Personal vom Senat gefordert werden muss.

Kultur im Bezirk

Die Kulturpolitik im Bezirk Tempelhof-Schöneberg soll den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, die Zivilgesellschaft stärken, die Kooperation unter den bezirklichen wie den privaten Kulturinstitutionen fördern und ein integriertes Handlungskonzept entwickeln. Es gilt, die bezirklichen Kulturinstitutionen zu erhalten, weiter zu entwickeln und die privaten Akteure nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen. Die Zählergemeinschaft fühlt sich dem Prinzip der Sozialraumorientierung verpflichtet. Wir

wollen eine positive Atmosphäre für künstlerische Arbeit im Bezirk, eine Willkommenskultur für Künstlerinnen und Künstler im Bezirk entwickeln.

Bibliotheksgesetz

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Abgeordnetenhaus ein **Bibliotheksgesetz** erlässt, das die erforderlichen Standards für die bezirklichen Bibliotheken festlegt und im Sinne der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages die öffentlichen Bibliotheken als Pflichtaufgabe festschreibt. Dabei soll sichergestellt sein, dass die Stadtteilbibliotheken erhalten und die öffentlichen Bibliotheken im Zuständigkeitsbereich der Bezirke verbleiben.

Bezirkszentralbibliothek

Im Jahr 2017 wird verbindlich festgelegt, ob für die Bezirkszentralbibliothek lediglich eine Ertüchtigung oder eine Sanierung erfolgen wird. Wir werden dabei den Betrieb der Bezirkszentralbibliothek gewährleisten und sind offen für Lösungen, die sich aus der städtebaulichen Machbarkeitsstudie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ergeben können.

Mittelpunktbibliothek

Für die Mittelpunktbibliothek werden die Sanierung und die räumliche Erweiterung finanziell abgesichert.

Kooperationsbibliothek im ehemaligen Rathaus Friedenau

Die Kombination Heim für Geflüchtete, Kinder- und Jugendtheater und Bibliothek im Rathaus Friedenau soll explizit als **Modell (Kooperationsbibliothek)** gewertet werden, auch um Förder- und Drittmittel akquirieren zu können. Die Zusammenarbeit zwischen den drei Bereichen wird festgeschrieben. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Bereichen und Abteilungen im Bezirksamt unterstützen und befördern, um ähnliche Modellprojekte ermöglichen zu können.

Unterstützung für freie Künstler*innen

Wir werden ein Konzept auf den Weg bringen, das Eckpunkte für eine mögliche Unterstützung und **Vernetzung von frei schaffenden Künstlerinnen und Künstlern**, die im Bezirk leben und arbeiten, erarbeitet. Bei der Erstellung dieses Konzeptes soll das Kunstamt in Tempelhof-Schöneberg besonders eingebunden werden. Es soll geprüft werden, ob und wie der Standort Kleistpark hierfür genutzt werden kann. Die Vergabe der Mittel der dezentralen Kulturarbeit soll transparent dargestellt werden.

Räume für Kultur

Bei der Vergabe des ehemaligen **Straßenbahndepots in der Belziger Straße** an einen Investor sollen Räume für die Kultur (u.a. auch für ein Jugendtheater) verbindlich festgeschrieben werden.

Zeitgenössisches Puppen-, Marionetten- und Objekttheater soll einen festen Platz im Bezirk behalten. Dafür wird der Bezirk eine Initiative für den Erhalt des Standortes am Winterfeldtplatz starten und ggf. den Senat um Unterstützung bitten, falls der Erhalt am bisherigen Standort nicht möglich ist.

Kulturelle Veranstaltungen

Wir wollen den bisherigen Umfang an **kulturellen Veranstaltungen** finanziell absichern, aber dort wo es nötig ist auch neue Impulse geben. Dazu treffen wir für folgende Veranstaltungen besondere Vereinbarungen:

Frauenmärz: Wir wollen den „**Frauenmärz**“ für Tempelhof-Schöneberg erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört, dass wir eine frühzeitige Planung und Organisation unterstützen, um Anregungen aus den politischen Gremien und bezirklichen Kulturinstitutionen aufnehmen und einfließen lassen zu können. Der Frauenmärz soll dabei die Vielfalt in unserem Bezirk widerspiegeln.

Sommerfestival: Wir wollen ein **kulturelles Sommerfestival** initiieren, auf dem sich vor allem die bezirklichen kulturellen Institutionen (Leo Kestenberg Musikschule, Haus am Kleistpark, Jugendmuseum u.a.) gemeinsam mit freien Trägern der kulturellen Arbeit präsentieren. Es soll von den kulturellen Institutionen und dem Kunstamt in Tempelhof-Schöneberg gemeinsam organisiert werden.

Erinnerungskultur

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus machen deutlich, dass Kultur auch eine Kultur des gelebten Erinnerens sein. Wir wollen die Projekte der Erinnerungskultur in Tempelhof-Schöneberg weiter entwickeln. Dazu zählen auch:

Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber: Der **Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber** auf dem Gelände an der Torgauer Straße soll als Teil der Erinnerungskultur des Bezirks genutzt und weiterentwickelt werden. Wir wollen die Arbeit der Initiative „Arbeitskreis Schöneberg“ unterstützen, damit der Standort für Bildungsarbeit, gemeinsames Lernen und für Veranstaltungen nachhaltig genutzt wird.

Stolpersteine: Wir werden Initiativen zur **Verlegung von Stolpersteinen** als ein Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus unterstützen und die Koordinierungsstelle zur Unterstützung der ehrenamtlichen Initiativen nachhaltig absichern.

Musikschule

Unsere Leo Kestenberg Musikschule leistet eine wichtige Arbeit, die wir nachhaltig unterstützen und ausbauen wollen. Wir werden uns beim Senat von Berlin für die Forderung des Landesmusikrates einsetzen, dass in den bezirklichen Musikschulen **mindestens 20 Prozent der Musikschullehrkräfte durch Festanstellungen** erfolgen.

Integration und Geflüchtete

Die Zählgemeinschaftspartner vereinbaren, dass ein bezirkliches **Integrationskonzept** erarbeitet wird. Das Integrationskonzept soll die strategische Ausrichtung im Bezirk aufzeigen sowie die Instrumente zur Erreichung der strategischen Ziele umfassen. Die Integration von geflüchteten Menschen soll den zentralen Stellenwert bekommen. Der Integrationsbericht muss regelmäßig erstellt werden

Die **interkulturelle Öffnung** der Verwaltung muss weiter geführt werden.

Die Veranstaltungsreihe **CrossKultur** wird weiter geführt. Es ist gezielt darauf hinzuwirken, dass die Veranstaltungen ein breites, buntes Publikum erreichen.

Die Verleihung des **Integrationspreises** wird weitergeführt.

Die **Integration von Geflüchteten** ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe, die überwiegend in der zentralen Verantwortung des Senats liegt. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel werden wir gemeinsam mit dem Bezirksamt, den Flüchtlingsorganisationen, Kirchen, Vereinen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die Integration von Geflüchteten im Bezirk aktiv gestalten (vgl. hierzu die Bereiche Schule/Bildung/Kultur).

Der gleichberechtigte Zugang geflüchteter Menschen zur gesundheitlichen Versorgung wird durch das bezirkliche Gesundheitsamt begleitet und unterstützt. Gegenüber dem Senat werden wir uns besonders für eine schnellere Versorgung mit der **elektronischen Gesundheitskarte** und einen schnelleren Zugang zu allen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einsetzen. In den Notunterkünften sorgen wir - mit unseren Möglichkeiten hier im Bezirk und auch gegenüber dem Senat - für eine bessere psychosoziale Erstbetreuung, die ggfls. in eine Regelversorgung mündet. Prioritär werden wir unsere Ressourcen für die besonders Schutzbedürftigen einsetzen.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Sie erleichtert den Zugang zum Arbeitsmarkt und Bildungssystem. Leider haben nicht alle Geflüchtete Zugang zu den sog. Integrationskursen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass alle Geflüchtete möglichst schnell Zugang zu unseren VHS-Sprachkursen finden.

Geflüchtete wollen arbeiten und nicht untätig sein. Es gilt (leider noch) für viele Geflüchtete das Beschäftigungsverbot für die ersten drei Monate. Anerkannte Geflüchtete dürfen ab sofort arbeiten. Um die Chancen auf einen Arbeitsplatz für Geflüchtete zu verbessern, wollen wir bezirkliche **berufliche Netzwerke fördern** und potenzielle Arbeitgeber*innen und Geflüchtete möglichst früh zusammenbringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mindestens die bestehenden Projekte weitergeführt werden. Dazu gehören u.a. Arrivo und „Geflüchtete in Arbeit“.

Ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit unterstützen

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie „Tempelhof hilft“ oder die Initiativen der evangelischen Kirchenkreise in unserem Bezirk, aber auch viele (Sport-) Vereine leisten eine unverzichtbare Arbeit in der Flüchtlingsarbeit. Diese vorbildliche Arbeit werden wir weiterhin unterstützen.

Berlin, den November 2016

SPD

Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktionsvorsitz BVV-Fraktion

Fraktionsvorsitz BVV-Fraktion

Kreisvorsitzende

Kreisvorsitzende

Kreisvorsitzender